

Geplante Stromsteuersenkung erreicht nicht alle Unternehmen

Ausgleich gefordert

BIELEFELD (WB/as). Die Bundesregierung will die Stromsteuern für das produzierende Gewerbe reduzieren, um die Wirtschaft zu entlasten. Für Industriebetriebe soll ab 2024 der Anteil der Stromsteuer von 1,54 Cent je Kilowattstunde auf den EU-weiten Mindestsatz von 0,05 Cent gesenkt werden.

Die CDU-Mittelstandsvereinigung OWL fragt: Profitieren alle Unternehmen davon? „Nein“, sagt Reinhard Tweer, der in Bielefeld eine Stahlgießerei mit 300 Beschäftigten betreibt. Denn die besonders energieintensiven Gießereien sind bereits von der Stromsteuer ausgenommen und fordern einen Ausgleich. „Mit zehn Cent Kosten pro Kilowattstunde wäre uns geholfen“, so Tweer.

In diesem Jahr zahle er für die gleiche Menge Strom 15 Millionen Euro mehr als 2022. Das gefährde die Wettbewerbsfähigkeit „eines volltarifgebundenen Unterneh-

mens im Hochlohnland Deutschland“ auch im internationalen Wettbewerb. Bei Tweer hängen 50 Prozent direkt oder indirekt am Export. Die Konkurrenz komme aus der Türkei und Frankreich, wo die Energie viel billiger ist.

„Es ist positiv zu bewerten, dass die geplante Senkung der Stromsteuer die Bäckereien entlasten soll. Aber wir brauchen für Unternehmen

wie Stahlgießereien als Lösung einen Ausgleich, sonst fallen sie durchs Rost und werden benachteiligt“, sagt der CDU-Europaparlamentarier Dr. Markus Pieper. Der verantwortliche EU-Abgeordnete für den Ausbau der Erneuerbaren Energien fordert eine Neuordnung der Netzentgelte und eine Nachbesserung für energieintensive Produktionsbetriebe ab bestimmter Export-Quoten.

Perspektivisch setzt Pieper auf den klimaneutralen Energieträger Wasserstoff, da dieser durch bestehende Gasnetze transportiert werden könne. Pieper: „Das Gasnetz in NRW ist ein weltweit einzigartiger Standortvorteil. 98 Prozent der energieintensiven Mittelständler sind an Gasnetze angeschlossen.“ Im Moment könnte Tweer zehn Prozent seines Gasverbrauchs durch Wasserstoff ersetzen, aber „die Politik gibt uns keine Planungssicherheit“.



EU-Parlamentarier Markus Pieper (CDU, links) und Reinhard Tweer in dessen Gießerei. Foto: Schnadwinkel